

o l l t i k
PD/III/92

2. August 1948

Von der Idee zur Gestaltung

Von Dr. Kurt Schumacher.

Man weiß jetzt in der Welt, daß ein großer Teil der Schwierigkeiten in Deutschland daraus herrührt, daß die westlichen Okkupationsmächte eigentlich nicht wußten, was sie mit Deutschland anstellen sollten. Die östliche Okkupationsmacht freilich hatte ein Programm und eine Praxis, kam aber mit den Notwendigkeiten des deutschen Volkes in Widerspruch.

Es ist ein beliebtes politisches Gesellschaftsspiel geworden, die politischen Parteien als die Schuldigen hinzustellen. "Die politischen Parteien haben versagt" quäken viele, die ihr fehlendes deutsches Programm durch eine ausländische Lizenz hinreichend ersetzt glauben. Aber die politischen Parteien können schon deswegen nicht versagt haben, weil sie im Staatsleben noch nicht eine angemessene Rolle haben spielen können. Man hat versucht, deutschen Faktoren die Verantwortung zuzuschieben, die kraft der Machtverteilung allein bei den Alliierten lag.

Militärregierungen und Demokratie sind zwei Gesichtspunkte, die einander gegebenenfalls ausschließen. Damit soll nicht verkannt werden, daß die Angelsachsen den guten Glauben, der Demokratie in Deutschland zu nützen, auch unter großen Opfern für sich selbst gezeigt haben. Aber es ist unmöglich, die Demokratie des eigenen Landes zu importieren. Die Angelsachsen waren gänzlich blind gegen die großen Tatsachen der deutschen Demokratie, die zwar 1933 politisch vom Nazismus liquidiert worden ist, aber immer noch in Millionen von Menschen lebendig war. Diese Möglichkeiten unter deutschen Bedingungen zu entwickeln, ist die Aufgabe, die allen Besatzungsmächten gestellt war und von ihnen bisher nicht erfüllt wurde.

Die Kritiker des deutschen Parteienwesens übersahen z.B. die Rolle der SPD in der Abwehr des Bolschewismus. Ohne die deutsche Sozialdemokratie wäre Deutschland - und vielleicht noch manches andere Land Westeuropas - bereits ideologisch-politisch eine Domäne des Kommunismus geworden. Die anderen deutschen Parteien haben der Sozialdemokratie mehr als zwei Jahre hindurch nicht die geringste Hilfe geleistet. Im speziellen die Vertreter der Besitzbürger in Westdeutschland haben sich an der Idee gütlich getan, daß die Kommunisten als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie auch eine nützliche Funktion hätten.

Man nehme alle Kritiker der deutschen Sozialdemokratie und setze sie unter Anrechnung aller Möglichkeiten und Anerkennung aller eventuellen Fähigkeiten in die eine Wagschale und man lege auf die andere Wagschale die eine Tat der deutschen Sozialdemokratie; die Durchsetzung der Demokratie und die Abwehr des Kommunismus, ja man nehme nur den einzigen Kriegsschauplatz Berlin, dann sieht man, wohin sich das Schwergewicht der politischen Leistung neigt.

Die ersten drei Jahre der Besatzungspolitik haben zuviel passives Beiseitestehen der Siegermächte gezeigt. Wenn man heute davon spricht, daß "die Deutschen" zu wenig Initiative und Verantwortungsfreude zeigen würden, so ist das durch Tatsachen widerlegt. Im besonderen die deutsche Sozialdemokratie hat auf klare Entscheidungen gedrängt, sie hat seit Jahren die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands durch die ökonomische Belebung Westdeutschlands verlangt. Die deutschen Sozialdemokraten waren für die Kooperation, aber nicht für die Unterwerfung.

Daran muß man denken, wenn man die Versuche kritisch würdigt, die deutsche Politik und Wirtschaft aufzubauen. Die Erinnerung an die neueste Londoner Konferenz, die Namen Frankfurt, Koblenz und Kildesheim sprechen ihre besondere Sprache. Hier haben die Besatzungsmächte ihre Politik endlich einmal realisieren wollen. Keine der drei Westmächte hat aber, bevor sie an die Lösung der Probleme ging, eine der maßgebenden politischen Potenzen Deutschlands über Ziele und Methodik ihrer Politik unterrichtet. Daraus sind dann Schwierigkeiten entstanden. Die SPD hat diese Politik erwartet. Sie hat darum nach der Abkühlung der angelsächsisch-russischen Beziehungen gegen Ende 1947 die Verantwortung der Siegermächte eindeutig festgestellt. Das hat der Sozialdemokratie im Ausland wenig Freunde gemacht, und im Inland ist die Zahl der Klugredner enorm gewachsen. In der Zwischenzeit aber ist aus manchem Saulus ein Paulus geworden. Das erste Prinzip deutscher Politik im Verhältnis auch zu einer wohlwollenden Siegermacht besteht darin, daß man nicht mehr Verantwortung übernimmt, als man an Einflüssen zugebilligt bekommt. Die Sorge, daß man anders die Kommunisten nicht abwehren könne, ist heute bei der Sozialdemokratie die geringste, und es wäre vielleicht gut, wenn manche Sieger samt ihren literarischen Lakaien etwas zurückhaltender in der Verdächtigung wären, die Deutschen und spezielle die Sozialdemokraten würden mit dem Blick auf die Kommunisten und Russen ihre Politik machen. Die Sozialdemokratie macht heute dieselbe Politik wie vor zwei und drei Jahren, wie also in den Zeiten, als mancher, der heute gegenüber den Kommunisten die Handschuhe ausgezogen hat, noch seinen politischen Himmel voller Morgenthau sah.

Viel wird einem angeblichen Versagen der Deutschen angekreidet, was in Wirklichkeit Entschlußlosigkeit der Sieger ist. Das qualvolle Hinausziehen der Reparationen und Denontagen, die Lahmlegung wichtiger Exportindustrien, die Ausfuhr von Kohle, Holz und Schrott zu Preisen, die weit unter Weltmarkt lagen, haben das ökonomische Chaos und die Atmosphäre der Aussichtslosigkeit geschaffen. Dieährungsreform in Westdeutschland hat endlich die Grundlagen für eine wirtschaft-

liche Besserung geschaffen.- mehr nicht. Sie ist als ein Werk der Besatzungsmächte, vor allem der Amerikaner, nach deren Wünschen gestaltet. Aber eine Währungsreform, die nicht zu gleicher Zeit die Prinzipien des Lastenausgleichs bestimmt, ist ein halbes und gefährliches Werk. Die Wenig- oder Nichtbesitzenden haben einen schlechten Start gegenüber der geschlossenen Front der Sachwertbesitzer. Der schrankenlose Egoismus der Kreise, die die Chance der Sachwerthortungen besaßen, hat alles ihrer Verdienerrut geopfert. Die CDU, die LDP und die kleineren politischen Gruppierungen rechts von ihnen haben dabei kein politisches konkretes Ziel gehabt. Ihr Leitsatz war Verdienen, und zwar nicht an einer echten Konjunktur, sondern an der Ausplünderung des Volkes, dem man seine reale Arbeitskraft abgaunerte und das man mit einer Papiermark, der fast keinerlei Kaufkraft mehr innewohnte, abzuspiesen versuchte. Das Parteiensystem rechts von der Sozialdemokratie hat durch seine Besitzbürgerpolitik im Wirtschaftsrat die Deutschen der Westzonen staatspolitisch funktionsunfähig gemacht.

Die heutige Währungsreform ist ein Akt, der sich in der Vorstellung und den technischen Bedürfnissen des Geldes erschöpft, ohne aber auch nur diesen Komplex befriedigend geregelt zu haben. Der Kampf um die Preise und Kredite ist erst im Anfangsstadium. Alle diese Schwächen wird die Sozialdemokratie beim Kampf um den Lastenausgleich noch besonders auszugleichen haben. Jetzt sind die Tage der Entscheidungen gekommen, aber jetzt möchte man von seiten des deutschen Kapitalismus mit derselben Begründung der angeblichen volkswirtschaftlichen Unmöglichkeit den Lastenausgleich torpedieren, mit der man die verbrecherische Hortungspolitik vorher für notwendig erklärt hat.

Dieselben Kreise, die ihr Volk zweimal in den Abgrund gestoßen haben, stellen jetzt mit einer nicht zu überbietenden Frechheit die Forderung auf, die bankerotten Prinzipien ihrer Plündererpolitik zum dritten Male realisieren zu dürfen. Bei den letzten Versuchen waren die Ideen eines propagandistischen Nationalismus die Helfer und Ablenker. Heute sind es die Ideen der Religion, der Persönlichkeit und des Liberalismus, die mit der gleichen zynischen Kälte, der jeder geistige und sittliche Wert nur ein Mittel der Propaganda ist, mißbraucht werden.

Die Tatsache der zonalen Aufspaltung, des Fehlens jeder zentralen Stelle, die administrative Individualisierung durch Länder, denen man zuviel Aufgaben aufgebürdet hat, sind große Erschwerungen für die Aktivierung der politischen Kräfte des deutschen Volkes. Die dogmatischen Illusionen von dem betonten Föderalismus erweisen sich dabei als ebenso gefährlich wie die Illusionen der freien Wirtschaft, die es nirgends in der Welt mehr gibt als in Westdeutschland unter den besonderen Bedingungen der Besatzungspolitik.

Die Bedingungen Deutschlands und Europas sind andere als die der USA. Die Folgen und Begleiterscheinungen des Totalitarismus können nur durch eine Politik abgewehrt werden, die sich in der Verneinung des Kommunismus nicht erschöpft. In Deutschland ist der Nazismus mit dem Großkapitalismus verwachsen. Die Ideen weiter Kreise, die heute ohne Scham und ohne Reue über ihre Mitschuld an der Ruine Deutschlands

und der Zerstörung Europas ihr Unwesen treiben, beherrschen weite Teile der deutschen Öffentlichkeit. Sie kommen aus der geduckten Stellung des Jahres 1945 wieder hervor. Die Tatsache, daß alle vier Besatzungsmächte in der einen oder anderen Form sich ihrer bedienen, läßt sehr schnell Schranken fallen, die im Interesse einer geordneten Entwicklung Deutschlands und Europas unübersteigbar sein sollten.

Die Sozialdemokratie hat ihre Position bezogen. Nach mehr als drei Jahren Besatzung ist es nicht zuviel verlangt, daß die Sieger, in deren Hand noch immer alle Macht ruht, mehr Verständnis für die Besonderheit der deutschen Situation zeigen sollten. Das beginnt mit der staatsrechtlichen Konstruktion, dem Besatzungsstatut, den Besatzungskosten, die jede geordnete Finanzwirtschaft und Währung auf die Dauer unmöglich machen können, und hört mit den Demontagen und der Sabotage der Sozialisierung noch lange nicht auf.

In erster Linie aber muß sich die Sozialdemokratie an das deutsche Volk wenden. Wenn Millionen sich wieder täuschen und mißbrauchen lassen, so gibt es vor der Geschichte keine Entschuldigung, kein Abschreiben der Schuld auf die Verständnislosigkeit von Besatzungsregierungen. Das deutsche Volk muss wissen, ob es sich von den alten Lademüllern der traditionellen Paraseologie einfallen lassen oder ob es erkennen will, daß die Einheit und die Freiheit der Nation nur durch die Eroberung der sozialen Gerechtigkeit errungen werden kann.

Parteitag der Berliner SED

W.B.Berlin, 2.8.1948

Die Berliner Sozialdemokratie hielt am Sonnabend und Sonntag zum zweiten Male in diesem Jahr einen Landesparteitag ab. Allein in dieser Tatsache drückt sich die besondere Lage Berlins aus mit dem besonderen Tempo der politischen Entwicklung und der Verantwortlichkeit der Sozialdemokraten als Kommandanten der belagerten Freiheitsfestung. Nach reger Diskussion wurde in eindrucksvoller Weise an die Berliner, die Deutschen und die Welt appelliert, die Sache der Demokratie nicht durch faule Kompromisse zu schwächen.

Ende der vergangenen Woche ereigneten sich in Berlin zwei Vorgänge, die erkennen lassen, daß die Russen fertige Tatsachen schaffen wollen, während in Moskau Viermächte-Besprechungen vorbereitet werden. Die SED-Führer sind nach Karlshorst beordert worden, wo man ihnen nahelegte - natürlich "aus eigener Initiative" - einen neuen volksdemokratischen "Magistrat" zu bilden, der dann mit Marschall Sokolowskis wohlwollender Unterstützung rechnen könnte. Am Freitag wurden dann noch die Konten der in den Westsektoren gelegenen Firmen gesperrt. Damit verhängte man nun auch die Geldblockade und brachte die Arbeiter und Angestellten um ihre Löhne und Gehälter.

Die Gegenseite hat also die entscheidenden Schritte zur Zerteilung Berlins ergriffen. Ernst Reuter hat ihnen geantwortet, daß die gewählten Mitglieder der Berliner Selbstverwaltung im Stadthaus

das bekanntlich im russischen Sektor liegt, bleiben werden, solange es ihnen physisch möglich ist. Auch der neue Polizeipräsident, der Sozialdemokrat Dr. Stumm, ist weiterhin für ganz Berlin zuständig, wenngleich er seine Behörde in den amerikanischen Sektor verlegen mußte.

Den Westmächten wurde von sozialdemokratischer Seite klargemacht, daß der zögernden Haltung auf dem Gebiet der Währung ein Ende bereitet werden müsse. Diese Warnung ist nicht ohne Ergebnis geblieben. Falls es nicht unmittelbar zur Freigabe der gesperrten Konten kommt, wird nichts anderes übrig bleiben, als die D-Mark (West) zum vollwertigen Zahlungsmittel in der Westsektoren zu erheben und eine neue Landeszentralbank zu errichten. Um das Abfließen der D-Mark in unkontrollierbare Kanäle zu verhindern, wird dann der Umlauf des in den Westsektoren ausgegebenen Geldes über ein Clearing-Verfahren gesteuert werden müssen.

Der Landesparteitag hat die Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion einstimmig gebilligt. Jede Zusammenarbeit mit der SED, auch jedes Eingehen auf Anträge dieser als Fremdenlegion gekennzeichneten Partei wird abgelehnt, solange sie nicht gegen die Blockade Stellung nimmt. Wie sicher die Sozialdemokraten der Unterstützung durch die Bevölkerung sind, ergibt sich aus der Forderung, sobald wie möglich neue freie Wahlen in ganz Berlin zu ermöglichen. Eine interessante Volksabstimmung hat übrigens in den letzten Tagen bereits stattgefunden. Die Massen hatten sich bekanntlich bereit erklärt, die Versorgung der ganzen Stadt zu übernehmen. Die Einwohner der westlichen Sektoren sollten sich dazu im Ostsektor eintragen lassen: Bis zum Sonntag hatten sich 17.600 Personen eingetragen, das sind 0,8 Prozent der betroffenen Bevölkerung.

Nach einem Referat Erich Ollenhauers haben sich die Berliner Sozialdemokraten mit der Neugestaltung der Westzonen befaßt. In einer einstimmig angenommenen Entschliebung wird die in Westen unternommene Initiative als ein verheißungsvoller Anfang für ein neues Deutschland begrüßt. Berlin wünscht an allen vorbereitenden Beratungen teilzunehmen, während die Stadtverordnetenversammlung zur gegebenen Stunde über eine offizielle Beteiligung von ganz Berlin entscheiden wird. Berlin müsse bei dieser Neugestaltung eingeschaltet werden, "weil es der Platzhalter für die zum Schweigen verurteilte Zone des Ostens ist".

In Leningrad gab es Hungerkrawalle

Die nachstehenden Ausführungen sind eine stark verkürzte Übersetzung aus der Zeitschrift "Sozialistischer Bote", dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Rußlands in New York. Von den Tatsachen erhielt die Zeitschrift Kenntnis durch einen Brief, der sie inoffiziell erreichte.

Etwa Mitte März 1948 wurde die Lebensmittelversorgung in Leningrad so schlecht, daß sich vor den Geschäften riesige Schlangen bildeten. Die Leute stellten sich schon am Abend hin und standen die ganze Nacht hindurch. Und dabei brachten sie sehr deutlich ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck und - was früher nie zu beobachten war - sie schimpften auch ganz offen auf Stalin. Ein Lebensmittelgeschäft wurde von der Menge gestürmt und geplündert. Sogar ein eintreffendes Polizeiaufgebot wurde vertrieben und das Polizeiauto in Brand gesteckt. Die Ordnung war ziemlich schnell wieder hergestellt, vor den Geschäften mußten aber zahlreiche Posten der Sondereinheiten des MGB (Sicherheitsdienstes) aufgestellt werden. Einige Tage darauf trafen denn auch Lebensmittel ein, die eiligst herangeholt waren. Während dieser Tage erinnerten die Straßen von Leningrad an die Revolution vom Februar 1917.

Ähnliche Ereignisse konnte man zu dieser Zeit auch in anderen Großstädten beobachten. "Die Gründe dieser Versorgungsstockungen sind Transportschwierigkeiten", so wurde offiziell erklärt...

(D. 1/28/2/hs)

Ein politisches Notopfer?

sp. Die schwierigen Verhandlungen über eine Kredithilfe für Berlin aus Mitteln der Bismar fielen zeitlich mit der sowjetrussischen Aushungerungsblockade zusammen. So entspricht es an sich der Logik der Entwicklung, wenn sich der Finanzausschuß des Länderrats in einer seiner letzten Sitzungen im Zusammenhang mit Kreditfragen auch mit dem Plan beschäftigte, von der Bevölkerung der beiden Westzonen ein sog. Notopfer zu fordern. Es sollte im Wirtschaftsrat ein Initiativantrag eingebracht werden, daß ein Gesetz zu erlassen sei, wonach von der zweiten Rate der Kopfquote ein Betrag von zwei DM als Notopfer zugunsten Berlins einbehalten würde.

Über die sachliche Notwendigkeit einer solchen gesetzlichen Abgabe kann man durchaus geteilter Meinung sein. Abgesehen davon, daß nicht sicher ist, ob die Militärregierungen diesen Plan gebilligt hätten, ist zu bezweifeln, ob es zweckmäßig wäre, Kreditmittel auf die Weise zusammenzubringen, oder besser gesagt, statt eines Kredits der bedrohten Stadt ein gesetzlich erzwungenes Notopfer anzubieten. Was im Kreise der Finanzminister über diese Frage gesagt wurde, erhält aber eine eigene Note durch die Ausführungen des hessischen Finanzministers Dr. Hilpert. Hilpert erklärte, die aufzubringenden Mittel dienten der Finanzierung der politischen Aktion der Amerikaner gegen die Russen. Er halte es nicht für zweckmäßig, sich von deutscher Seite dabei zu stark zu exponieren. Hilpert, der Exponent der CDU, offenbart damit eine aufschlußreiche Seite der Politik seiner Partei.